

20. Februar 2024

Bundesgesetzliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestags,

in jedem Wahlkreis in Deutschland – so auch in Ihrem – wird es Menschen geben, die keinen Kinderwunsch haben oder sich vor sexuell übertragbaren Infektionen (STI) schützen wollen, aber sich die Kosten für Verhütungsmittel nicht leisten können.

Das lässt sich auch aus der Evaluation des vom pro familia Bundesverband durchgeführten und vom BMFSFJ finanzierten Modellprojekts „biko – Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung“ in der letzten Wahlperiode schließen.

Für regelmäßige Ausgaben wie beispielsweise für die Pille (ca. 22 Euro monatlich), aber auch hohe einmalige Kosten für eine Hormonspirale (ca. 450 Euro) oder eine Kupferspirale (ca. 270 Euro) haben viele Menschen mit geringem Einkommen nicht genug Geld. Selbst die Anwendung von Kondomen kann das Budget von Menschen mit wenig Geld unverhältnismäßig belasten.

Eine gebärfähige Person, die generell oder aktuell keinen Kinderwunsch hat, braucht gegebenenfalls über viele Jahre bis zur Menopause ein sicheres Verhütungsmittel. Die gesetzliche Krankenversicherung übernimmt die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel nur für Versicherte bis zum vollendeten 22. Lebensjahr. Menschen im Bürgergeldbezug müssen sich entscheiden, ob sie den monatlichen Regelsatz für Gesundheitspflege von 17 bis 21 Euro für Verhütung oder für andere Bedürfnisse ausgeben. In manchen Wahlkreisen – gegebenenfalls auch in Ihrem – gibt es kommunale Programme, die Menschen bei der Finanzierung von Verhütungsmitteln unterstützen. Wer anspruchsberechtigt ist, hängt dann vom Wohnort ab. Solche Programme helfen nur sehr begrenzt, weil die Angebote meistens eng definiert sind, das Geld oft nicht ausreicht oder die Anspruchsberechtigten keine Informationen über das Angebot haben. Männer sind bisher sogar generell von einer Kostenübernahme von Methoden der Verhütung von Schwangerschaften und STI ausgeschlossen.

Die von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung geförderte Studie „frauenleben 3 – Familienplanung im Lebenslauf von Frauen“ zeigt, dass Frauen, die Transferleistungen beziehen, im Vergleich zu Frauen in besserer wirtschaftlicher Situation seltener mit der Pille oder der Spirale verhüten und häufiger auf Verhütung verzichten.

Aus Kostengründen nur unregelmäßig verhüten zu können, zu preiswerteren und weniger zuverlässigen Methoden zu wechseln oder auf Verhütung von Schwangerschaften und STI ganz verzichten zu müssen – das belastet die Sexualität, die Partnerschaften, die Familien und die Gesundheit von Menschen. Die Verantwortung für Verhütung und das Risiko einer ungeplanten oder ungewollten Schwangerschaft lastet weiterhin besonders auf Frauen.

Der Zustand, dass Menschen in Deutschland, die sicher verhüten und sich vor STI schützen wollen, dies aus Kostengründen nicht tun können, ist unhaltbar.

Zugang zu Verhütungsmitteln und Informationen und Beratung zur Familienplanung und zur Vermeidung ungewollter Schwangerschaften und STI sind zentral für eine menschenrechtsbasierte Gleichstellungs-, Gesundheits- und Familienpolitik. Der UN-Frauenrechtsausschuss hat Deutschland letztes Jahr zum wiederholten Mal aufgerufen, sicherzustellen, dass erschwingliche moderne

Verhütungsmittel für alle Frauen und Mädchen im gebärfähigen Alter zugänglich sind, gegebenenfalls kostenlos, insbesondere für Frauen und Mädchen ohne ausreichende finanzielle Mittel.

Wir, die unterzeichnenden Verbände und Organisationen, fordern alle Mitglieder des Deutschen Bundestags auf, sich dafür einzusetzen, dass noch in dieser Wahlperiode bundesgesetzliche Regelungen beschlossen werden, um sicherzustellen, dass alle Menschen, die verhüten wollen, sich das sichere und gesundheitsschonende Verhütungsmittel ihrer Wahl leisten können, und niemandem der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln aus Kostengründen verwehrt ist.

Entsprechende Regelungen kämen allen Menschen in Ihrem Wahlkreis zugute, die aus Kostengründen nicht sicher verhüten können, obwohl sie es wollen.

Unsere Forderung richtet sich insbesondere an alle Abgeordneten der Regierungsparteien, deren Koalitionsvertrag in Aussicht stellt: „Wir wollen Krankenkassen ermöglichen, Verhütungsmittel als Satzungsleistung zu erstatten. Bei Geringverdienenden werden die Kosten übernommen. Wir wollen die Forschungsförderung für Verhütungsmittel für alle Geschlechter anheben.“

Wir fordern das Bundesministerium für Gesundheit in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf, zur Umsetzung dieses Vorhabens umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, zu beraten und im Bundestag zur Abstimmung zu stellen.

Unsere Verbände und Organisationen sichern ihre Unterstützung für die Konzeption und Umsetzung zielführender gesetzlicher Regelungen zu.

Unterzeichnende Verbände:

Allgemeiner Behindertenverband in Deutschland e.V. ,
Marcus Graubner, Vorsitzender



AWO Bundesverband e.V.,
Kathrin Sonnenholzner, Vorsitzende des Präsidiums



Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin,
Psychotherapie und Gesellschaft e.V.,
Juliane Sim, Vorsitzende



Amnesty International,
Dr. Julia Duchrow, Generalsekretärin



Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung,
Sarah Heitsch, Sophia Stelzhammer, Elisabeth Eller
und Dr. Ines P. Scheibe, Koordinierungskreis



Bundesärztekammer,
Dr. Klaus Reinhardt, Präsident



Bundesforum Männer Interessenverband für jungen,
Männer und Väter e.V.,
Thomas Altgeld, Vorstandsvorsitzender



Bundesverband der Frauengesundheitszentren,
Sigrid Schellhaas, 1. Vorsitzende



Bundesverband Mütterzentren e.V.,
Yvonne Plöger und Daniela Hettich,
Vorstandsmitglieder



Bundesweite Koordinierungskreis gegen
Menschenhandel – KOK e.V.,
Sophia Wirsching, Geschäftsführerin



Bundesverband Trans* e.V.,
Nora Eckert, Vorstandin



DaMigra e.V., Dachverband der
Migrantinnenorganisationen
Lourdes Martínez, Vorstandsvorsitzende



Deutsche Aidshilfe,
Sylvia Urban, Mitglied des Bundesvorstands



Deutscher Caritasverband e.V.,
Eva Maria Welskop-Deffaa, Präsidentin



Deutscher Hebammenverband e.V.,
Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin



Deutscher LandFrauenverband,
Ursula Braunewell, Erste Vizepräsidentin



Deutscher Frauenrat,
Dr. Beate von Miquel, Vorsitzende



Deutscher Frauenring e.V.,
Celeste Eden, Präsidiumsmitglied



Deutscher Gewerkschaftsbund,
Elke Hannack, Stellvertretende Vorsitzende



Diakonie Deutschland,
Maria Loheide, Vorstandin Sozialpolitik



donum vitae zur Förderung des Schutzes zur
Förderung des Schutzes des menschlichen Lebens
e.V.



evangelische arbeitgemeinschaft familie. e.V.,
Svenja Kraus, Bundesgeschäftsführerin



Evangelische Frauen in Deutschland e.V. Angelika Weigt-Blätgen, Vorsitzende des Präsidiums



Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung e.V.,
Rainer Bugdahn, Vorsitzender des Vorstands



Familienplanungszentrum Balance e.V.,
Sylvia Lunau, Dr. med. Ulrich Pape, Dr. med. Gabriele Halder, Vorstand



Feministisches Netzwerk für Gesundheit Berlin,
Dr. Jutta Begenau und Sybill Schulz, Sprecherinnen



Humanistischer Verband Deutschlands –
Bundesverband,
Katrin Raczynski, Vorstand



Paritätischer Gesamtverband e.V.,
Dr. Rolf Rosenbrock, Vorsitzender



pro familia Bundesverband e.V.,
Monika Börding, Vorstandsvorsitzende



Sozialdienst katholischer Frauen Gesamtverein e.V.
Yvonne Fritz, Vorständin



Sozialdienst muslimischer Frauen e.V.,
Ayten Kılıçarslan, Geschäftsführende
Vorstandsvorsitzende



UN Women,
Elke Ferner, Vorstandsvorsitzende



ver.di,
Silke Zimmer, Mitglied des Bundesvorstands



Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V.,
Daniela Jasper, Bundesvorsitzende



Zukunftsforum Familie e. V.,
Britta Altenkamp, Vorsitzende

